

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 8. Juni 2021 / Mardi après-midi, 8 juin 2021

Finanzdirektion / Direction des finances

21 2020.FINFV.47 Bericht RR
Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2020 des Kantons Bern

21 2020.FINFV.47 Rapport CE
Rapport de gestion et comptes annuels de l'exercice 2020 du canton de Berne

Le président. Nous passons à présent au point numéro 21. Il s'agit du rapport de gestion 2020 et des comptes 2020 du canton de Berne. C'est un rapport de la CFin que vous êtes amenés à accepter. Le débat est libre. Nous allons procéder comme d'habitude, allais-je dire : je laisse d'abord la parole à Mme la députée Stucki qui représente la CFin pour ce dossier. – Madame la députée, vous avez la parole.

Béatrice Stucki, Bern (SP), FiKo-Sprecherin. «Glück im Unglück»: So können wir das Rechnungsergebnis 2020 wahrscheinlich bezeichnen. Denn im Sommer des letzten Jahres rechneten wir für diesen Rechnungsabschluss noch mit einem Defizit in dreistelliger Millionenhöhe. Wer hätte damals gedacht, dass wir heute eine Rechnung mit einem Überschuss von 40 Mio. Franken genehmigen und verabschieden können? Wenn wir bedenken, dass der Voranschlag mit einem Überschuss von 218 Mio. Franken gerechnet hat – so sind wir mit mehr als einem blauen Auge davongekommen. Nationalbank sei Dank, müssen wir da allerdings sagen. Anstelle der budgetierten 60 Mio. Franken hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) 243 Mio. Franken Gewinnausschüttung getätigt. Damit konnten die Folgen der Corona-Pandemie, für den Kanton, fast oder zu einem grossen Teil aufgefangen werden. Denn die Pandemie hat dazu geführt, dass in etlichen Bereichen weniger Aufwand anfiel. Etliche Verwaltungsbereiche mussten aber einen riesigen Mehraufwand betreiben für all die notwendigen Vorkehrungen und Massnahmen. An vorderster Stelle ist sicher die Gesundheitsdirektion zu nennen, aber auch die Bildungsdirektion.

Ich erlaube mir hier einen kleinen Einschub: Diesen beiden erwähnten Direktionen und dem Personalamt der FIN an dieser Stelle ein grosses Dankeschön der FiKo für ihren enormen Aufwand für all das, was sie rings um diese Pandemie organisieren mussten, was aufgebaut werden musste, für die andauernden zeitnahen Updates zuhanden der Bevölkerung und des Personals. Merci vielmal! Zurück zum Jahresabschluss: Es gab finanzielle Unterstützungen und Aufwendungen in der Höhe von 300 Mio. Franken, und Mindereinnahmen – vor allem bei den Steuern – weil viele Betriebe nicht oder nur teilweise arbeiten konnten. Tieferer Aufwand wurde unter anderem trotz allem beim Personalaufwand sowie beim Sachaufwand verzeichnet. Das Zusammenspiel von Haushaltsverschlechterungen – total rund 627 Mio. Franken – und Verbesserungen – total 449 Mio. Franken – führten schliesslich zum erwähnten unerwarteten Überschuss von 40 Mio. Franken. Die FiKo-Mitglieder waren denn auch sehr erleichtert, als uns dieses Ergebnis präsentiert wurde, und die Jahresrechnung 2020 führte auch nicht zu grossen Diskussionen, wie dies in anderen Jahren schon der Fall war.

Einmal mehr müssen wir feststellen, dass die budgetierten Mittel der Investitionen nicht ausgeschöpft worden sind. Natürlich hat auch hier die Corona-Epidemie ihren Anteil beigetragen – denn Planung und Bau waren ebenso von den eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten betroffen. Aber es gab auch Projektverzögerungen bei grossen Projekten wie dem Campus Biel, und den daran angeknüpften Folgeprojekten.

Zu den Anträgen des Regierungsrates: Der Regierungsrat stellt dem Grossen Rat im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht 2020 folgende Anträge:

Erstens, Genehmigung des Geschäftsberichts 2020 mit folgenden Eckdaten der Jahresrechnung 2020: Ertragsüberschuss 40'215'120 Franken, Nettoinvestitionen 390'830'851 Franken, Eigenkapital 681'993'744 Franken.

Zweitens, Genehmigung der Überschreitungen der Voranschlagskredite in den Verwaltungsdirektionen, in den Behörden, in der Staatskanzlei, in den Direktionen WEU, GSI, DIJ und BKD, in der Datenschutzaufsichtsstelle und in den Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft. Ich verzichte hier auf die Aufzählung der jeweiligen Kredite oder Zahlen und verweise auf den Bericht der FiKo, Seite 17. Dort ist alles detailliert aufgeführt.

Drittens, Genehmigung der vom Regierungsrat bewilligten Kreditüberschreitungen, das ist ebenfalls im Geschäftsbericht nachzulesen, in Band 1, Kapitel 3.3.

Und dann, das ist fast der wichtigste Antrag: Viertens, Verzicht auf die Kompensation des Finanzierungsfehlbetrages von 19 Mio. 587'782,18 Franken gemäss Artikel 101b Absatz 4 der Verfassung des Kantons Bern (KV). Wichtig: Für die Genehmigung des Antrags 4 benötigen wir die Stimmen von drei Fünfteln der Mitglieder des Grossen Rates. Und zwar von drei Fünfteln aller 160 Mitglieder – nicht einfach drei Fünftel der anwesenden Grossrätinnen und Grossräte. Die FiKo beantragt euch einstimmig, allen vier Anträgen zuzustimmen.

Ich komme noch rasch zu einem kurzen finanzpolitischen Ausblick: Der Geschäftsbericht 2020 hat nicht nur beim Finanzierungssaldo negativ abgeschlossen. Warum, habe ich vorher ausgeführt. Wir wissen aber alle, dass die Covid-19-Pandemie nicht vorüber ist. Nicht, was die Ansteckungsgefahr und die damit verbundenen Risiken in unserem Alltag betrifft und auch nicht, was die Konsequenzen auf die Wirtschaft und damit auf den Berner Staatshaushalt in diesem Jahr sein werden. Wir müssen davon ausgehen, dass die Jahresrechnung 2021 auch in der Erfolgsrechnung rot bis tiefrot sein wird. Denn insbesondere bei den Steuereinnahmen wird mit einer höheren Einbusse zu rechnen sein als in diesem Jahr. Verlorene Einnahmen sind verloren – die kommen nicht zurück. Also werden die Steuereinnahmen auch dieses Jahr tiefer sein. Wie die folgenden Jahre aussehen, das wissen wir auch nicht, das hängt auch von der Compliance von uns allen ab – wie weit sind wir bereit, die Massnahmen zur Verhinderung von Ansteckungen weiter mitzutragen? Wie hoch sind die Impfbereitschaft und die Widerstandsfähigkeit der Mutationen des Virus? Wie gross ist die Wirkung der aktuellen Impfung? Für einmal ist also die grosse Wirtschaft, und sind damit auch die Finanzen des Kantons, abhängig von einem klitzekleinen Virus – und unserem Umgang damit.

Im Namen der FiKo danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FIN unter Leitung von Regierungsratspräsidentin Beatrice Simon für die gute Zusammenarbeit bei der Beratung dieses Geschäfts – und für ihre Geduld, die zahlreichen Fragen der FiKo immer einleuchtend zu beantworten. Ebenso danken wir der Finanzkontrolle für die Prüfung der Rechnung und für die Erteilung des Testats. Die detaillierten Zahlen und Grafiken zur Rechnung sowie ausführliche Ausführungen zur Regelung von Finanzfehlbeträgen und zum Testat der Finanzkontrolle finden Sie im bereits erwähnten schriftlichen Bericht der FiKo. Im Namen der FiKo bitte ich Sie also, allen vier Anträgen des Regierungsrates, die auch unsere Anträge sind, zuzustimmen.

Hans-Rudolf Saxer, Gümligen (FDP), Fraktionssprecher. Das Jahr 2020 wurde massgeblich durch die Konsequenzen der Corona-Pandemie geprägt. In einer Nettobetrachtung sind in diesem Jahr unter diesem Titel nicht budgetierte Mehraufwendungen von 103 Mio. Franken getätigt worden. Gerettet worden ist dieses Ergebnis, man kann es tatsächlich so sagen, durch die zusätzlichen, nicht budgetierten Gewinnausschüttungen der SNB im Umfang von 243 Mio. Franken. Unter dem Strich – wir haben es schon gehört – haben wir in der Erfolgsrechnung einen Ertragsüberschuss von 40 Mio. Franken. Investitionen von netto 391 Mio. Franken konnten zu 95 Prozent selber finanziert werden, was bedeutet, dass ein Finanzierungsfehlbetrag, sprich eine Neuverschuldung, von 20 Mio. Franken resultiert hat.

Die Regierung beantragt, diese Neuverschuldung in den kommenden Jahren *nicht* zu kompensieren. Ein solcher Kompensationsverzicht ist aufgrund der Ausgestaltung der Schuldenbremse in der Kantonsverfassung möglich – und zwar – Beatrice Stucki hat es bereits gesagt, wenn drei Fünftel der Grossratsmitglieder diesem Verzicht zustimmen.

Die FDP-Fraktion stimmt diesem Antrag, wie auch den übrigen Anträgen des Regierungsrats, einstimmig zu, und zwar aus folgenden Gründen: Eine Neuverschuldung von 20 Mio. Franken ist bei einer Haushaltsgrösse von mehr als 11 Mia. Franken relativ bescheiden. Zweitens: Die kommenden Rechnungsjahre werden auch ohne den Zwang zur Kompensation recht schwierig werden. In Krisenzeiten ist es nicht sinnvoll, wenn man Sparprogramme schnürt oder durch gewisse Beschlüsse den Zwang, solche zu schnüren, erhöht. Und drittens, das scheint uns ganz wichtig, die Verfassungsbestimmungen der Schuldenbremse sehen einen solchen Verzicht ausdrücklich vor.

Aus freisinniger Sicht ist dieser Verzicht folgerichtig, beweist er doch, dass die heutige Regelung der Schuldenbremse flexibel genug ist, um auch Sondersituationen meistern zu können. Nach unserer Auffassung ist es denn auch nicht nötig, die bestehende Schuldenbremse aufzuweichen. Ein letzter Hinweis: der Regierungsrat wollte im letzten Jahr mit einer Notverordnung die Schuldenbremse für das Jahr 2020 aushebeln, mit der Begründung, es drohe ein hohes Defizit in der Größenordnung von 250 bis 300 Mio. Franken.

Die FDP-Fraktion hat diese Schwarzmalerei wiederholt kritisiert und tatkräftig mitgeholfen, dass diese Aushebelung der Schuldenbremse im Grossen Rat im zweiten Anlauf abgelehnt wurde. Das Rechnungsergebnis 2020 hat diese Haltung als richtig bestätigt. Und zuletzt sollten wir eines nicht vergessen: Die Schuldenbremse in der heutigen Ausgestaltung hat massgeblich dazu beigetragen, dass der Kanton Bern mit gesunden Finanzen in diese Corona-Krise eingetaucht ist und sie zumindest im vergangenen Jahr relativ unbeschadet überstanden hat.

Namens der FDP-Fraktion empfehle ich Ihnen, den Anträgen des Regierungsrates und der FiKo zuzustimmen.

Ulrich Egger, Hünibach (SP), Fraktionssprecher. Vieles wurde schon gesagt. In Sachen Schuldenbremse habe ich dann gewisse Korrekturen gegenüber dem Vorredner, aber so über das Ganze gesehen stimmt es selbstverständlich. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht und der integrierten Jahresrechnung – oder anders gesagt: allen vier Anträgen der FiKo – einstimmig zu. Wir bedanken uns bei dieser Gelegenheit auch gleich als Fraktion bei allen Beteiligten in der Regierung und in der Verwaltung bestens für die grosse und seriöse und kompetente Arbeit.

Und Sie haben es gehört: Obwohl der Kanton im letzten Jahr zur Bewältigung der Corona-Krise über 300 Mio. Franken zusätzlich ausgeben musste, hat die Erfolgsrechnung erfreulicherweise mit einem kleinen Überschuss von Fr. 40 Mio. abgeschlossen, dies dank der zusätzlichen Gewinnausschüttung der SNB.

Das zeigt auch, dass der Kanton Bern mit den Steuergeldern immer sorgfältig wirtschaftet. Trotzdem bleibt bei den Nettoinvestitionen in diesem Jahr ein Finanzierungsfehlbetrag von 19,6 Mio. Franken. Bei einem Umsatz von rund 12 Mia. Franken ist dies sehr wenig, im Promillebereich. Wegen der aktuellen Schuldenbremse – zu der ich eben nicht ganz gleicher Meinung bin wie mein Vorredner – müssen wir jetzt trotzdem noch abstimmen, und zwar mit einem Quorum von über 60 Prozent, um diese Überschreitung der Investitionen, respektive die Neuverschuldung von 19,6 Mio. Franken, zu bewilligen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird selbstverständlich ihren Anteil dazu leisten, und auch dies einstimmig.

Ich habe eigentlich nur noch drei Erkenntnisse aus dem Studium des Geschäftsberichtes: Der Pluspunkt zuerst: Der grösste Pluspunkt ist, dass der Kanton Bern bei weitem nicht so stark verschuldet ist, wie es hier in diesem Rat immer wieder dargestellt wird, selbstverständlich auch dank der Schuldenbremse, mit der man diese Schulden heruntergebracht hat. Mittlerweile sind wir bei 4000 bis 8000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner, je nachdem, was man als Schuld rechnet. Das ist deutlich weniger als 12 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) des Kantons Bern und mindestens international gesehen ein traumhaft tiefer Wert, wenn man bedenkt, dass die USA über 100 Prozent verschuldet sind gemessen am BIP, oder Deutschland 71 Prozent.

Der zweite Punkt ist, dass die gegenwärtige Schuldenbremse schon in normalen Zeiten zu berechtigter Kritik Anlass gegeben hat und in der Corona-Krise gänzlich untauglich ist. Jetzt rächt es sich einfach, dass der Kanton die satten Überschüsse aus den letzten Jahren nicht für Investitionen zur

Seite legen konnte, um sie jetzt in der Krise einzusetzen. Zum Glück hat die FiKo den Auftrag, die Schuldenbremse vernünftig anzupassen, und arbeitet seriös daran.

Auch der dritte Punkt, den ich noch hervorheben will, wurde schon erwähnt: Auch im Corona-Jahr hat der Kanton Bern 55,5 Mio. Franken weniger investiert als budgetiert. Für uns zeigt das vor allem eines in aller Deutlichkeit, nämlich, dass im Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) dringend die Ressourcen erhöht werden müssen, dass dort Stellen geschaffen werden müssen, besetzt mit kompetenten Leuten, die die budgetierten Projekte zeitgerecht planen und umsetzen können.

Ich danke vielmals für die Aufmerksamkeit und dafür, dass wir hier das Quorum von 60 Prozent sicher erreichen werden.

Christine Bühler, Romont BE (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Die Mitte-Fraktion bedankt sich für die umfassende Berichterstattung der Finanzverwaltung. Sie anerkennt angesichts der erschwerten Bedingungen die grosse Leistung, die während der Administration in diesem Pandemiejahr erbracht worden ist. Ich wiederhole die Zahlen nicht mehr und werde nach Möglichkeit auch nicht wiederholen, was schon gesagt wurde. Aber eben: Vor einem Jahr waren die Prognosen für das Finanzjahr 2020 düster. Und dank dieser Vierfach-Ausschüttung der SNB ist unsere Jahresrechnung mit einem blauen Auge davongekommen. Im Antrag des Regierungsrates sind die verschiedenen Überschreitungen der Kredite gegenüber dem Voranschlag sehr nachvollziehbar dargestellt. Erfreulicherweise konnten auch einige Einsparungen gemacht werden. Zum Thema Schuldenbremse: Da unterstützt die Fraktion der Mitte sehr, dass man diese nicht zu stark aufweicht, dass man sie vielleicht ein Stück weit flexibilisiert – aber nur dank der Schuldenbremse haben wir jetzt auch die Ressourcen gehabt, um in diesem Jahr wirklich schnell und unkompliziert Hilfestellungen bieten zu können! Die Fraktion der Mitte bittet Sie, die vier Anträge der Regierung zu genehmigen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP), Fraktionssprecherin. Wir haben es schon gehört: Trotz Pandemie hat der Kanton Bern bei der Erfolgsrechnung schwarz abgeschlossen, das ist für die EVP ein Lichtblick. Dieses Ergebnis deutet daraufhin, dass in den letzten Jahren sorgfältig mit den Finanzen umgegangen wurde und unter anderem ein wahrnehmbarer Schuldenabbau stattfinden konnte, obschon uns natürlich auch klar ist, dass die Ausschüttung der SNB bei diesem Ergebnis eine grosse Rolle gespielt hat. Dank den Massnahmen in früheren Jahren hat der Kanton Bern im Jahr 2020 die Corona-Ausgaben inklusive Rückstellungen von 320 Mio. Franken offensichtlich verkraften können.

Die EVP ist sich bewusst, dass sich die Corona-Krise auf der Einnahmenseite erst im Jahr 2021 richtig spürbar auswirken wird, weil die Steuern ja rückwirkend veranlagt werden. Dass die Schulden ansteigen und die schwarze Ziellinie wahrscheinlich erst in ein paar Jahren wieder erreicht werden kann, ist kaum zu verhindern. Trotzdem gilt es, nichts zu überstürzen und keine unüberlegten Sparübungen anzuzetteln, die dem volkswirtschaftlichen Gefüge im Kanton Bern schaden könnten und Arbeitsplätze vernichten könnten.

Gleichzeitig ist für die EVP sonnenklar, dass sich diese Krise sicher nicht mit Steuersenkungen überwinden lässt. Manchmal hat man das Gefühl, man könne alles mit Steuersenkungen irgendwie überwinden, oder beheben oder so, wie das eben mantramässig von einigen Parteien immer wieder gesagt wird. Die EVP erachtet es als höchst fragwürdig, nach wie vor an einer Steuerstrategie festzuhalten, die vor der Pandemie unter ganz anderen Voraussetzungen beschlossen worden war. Dass aus der Investitionsrechnung ein Finanzierungsfehlbetrag von 20 Mio. Franken resultiert, ist zwar wenig erfreulich, die EVP ist aber mit dem Regierungsrat einverstanden, dass dieser Fehlbetrag im Moment nicht kompensiert werden soll, obwohl die Schuldenbremse dies verlangen würde. Gerade in der Krise ist es im Sinn eines antizyklischen Verhaltens wichtig, dass die Infrastruktur nicht vernachlässigt wird, sondern zur Attraktivität des Kantons beiträgt.

Über zwei Sachen sind wir aber bei den Investitionen trotzdem irritiert, respektive wir ärgern uns darüber. Einmal mehr ist das geplante Investitionsvolumen nicht ausgeschöpft worden. Obschon wir ja bekanntlich einen ganzen Berg von Vorhaben vor uns herschieben, hat es die BVD nicht fertiggebracht, die Investitionen so zu planen, dass das Volumen ausgeschöpft werden konnte. Als Be-

gründung wird angegeben, dass der Campus Biel nicht wie geplant vorangetrieben werden konnte. Wir erwarten aber von der BVD, dass sie in solchen Fällen einen Plan B hat und also ein anderes Projekt vorziehen kann, denn solche Sachen passieren ja immer wieder, dass ein Bauvorhaben wegen einem Gerichtsverfahren oder irgendwelchen anderen Sachen verschoben werden muss.

Wir – das heisst, wahrscheinlich nicht nur die EVP – warten immer noch auf die Priorisierung der Investitionen. Das sieht man auch bei den verschiedenen Anträgen, die wir bei den Krediten haben, auf die wir dann bei der BVD zu reden kommen werden. Diese Priorisierung kann letztlich nur der Regierungsrat machen. Es ist nicht in erster Linie unsere Aufgabe respektive die Aufgabe der Kommissionspräsidenten, diese Priorisierung zu machen. Wir vermuten, dass der Regierungsrat die Auseinandersetzungen darüber in seinem eigenen Kreis fürchtet. Aber das interessiert uns eigentlich nicht. Wir von der EVP erwarten, dass der Regierungsrat seine Führungsrolle endlich wahrnimmt und diese Priorisierung vornimmt. Wir hoffen, dass der Regierungsrat dabei die ganze Bevölkerung und vor allem auch die kommenden Generationen im Auge hat und nicht nur gerade die Klientel, die im Moment am lautesten schreit.

Wir nehmen alle Anträge des Regierungsrates beziehungsweise der FiKo an.

Johann Ulrich Grädel, Schwarzenbach BE/Huttwil (EDU), Fraktionssprecher. Wenn diese Sitzung vorbei ist, sind der Geschäftsbericht 2020 und die Jahresrechnung Geschichte. Wir haben dank der SNB gewiss noch einen Gewinn von 40 Mio. Franken in der Erfolgsrechnung. Ohne diesen grossen Zustupf hätten wir aber rote Zahlen. Wir von der EDU nehmen die Geschäftsberichte an und danken allen, die daran gearbeitet haben. Ich möchte jetzt schon allen ans Herz legen, dass wir uns dann nicht mehr immer alles leisten können. Bitte machen Sie keine unnötigen Motionen, die ausser Kosten nichts bewirken. Wir stimmen allen vier Anträgen zu.

Raphael Lanz, Thun (SVP), Fraktionssprecher. Nach all meinen Vorrednerinnen und Vorrednern kann ich es kurz machen: Ich möchte mich einleitend bedanken bei der Frau Finanzdirektorin, beim Regierungsrat, aber auch bei den Mitarbeitenden, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Das Ergebnis – wir haben es gesehen: Wir haben noch ein wenig Glück gehabt – ist im Lichte der Umstände eigentlich zufriedenstellend. Wir haben einen Finanzierungsfehlbetrag, die SVP-Fraktion nimmt selbstverständlich ihre Verantwortung wahr und wird für den Verzicht auf Kompensation stimmen.

Wir möchten einfach darauf hinweisen: Dass wir in dieser Situation sind, in der das überhaupt möglich ist, und dass wir auch die Ausgaben tätigen konnten, die wir tätigen müssen, das haben wir auch einer Finanzpolitik zu verdanken, die eben etwas darauf schaut, dass man nicht mehr ausgibt, als man einnimmt. Wir müssen das auch künftig so machen. Wir werden grosse Herausforderungen haben. Die Investitionsplanung wurde bereits angesprochen, das ist das erste, das auf uns zukommen wird. Das Zweite ist die Thematik der Schuldenbremse: Dort werden wir schauen müssen, ob es eine mehrheitsfähige Variante für eine Flexibilisierung gibt. Mit diesem Finanzierungsfehlbetrag, der jetzt besteht, sehen wir, dass an sich das jetzige Instrument genügt. Ob das auch künftig so sein wird, das wird sich weisen, wir werden wahrscheinlich dann auch die Investitionen so vor unserem geistigen Auge abbilden müssen, um diese Beurteilung machen zu können. Hier aber stimmen wir allen Anträgen so, wie sie gestellt sind, zu. Noch einmal besten Dank.

Le président. Personne ne souhaite prendre la parole à titre individuel. Je laisse la parole à Mme Beatrice Simon, ministre des finances.

Beatrice Simon, FIN-Direktorin. Ich verzichte darauf, noch einmal alle Zahlen zu wiederholen. Das hat ja jetzt im Vorfeld eigentlich auch niemand gemacht. Wichtig ist aber die positive Feststellung, dass das Rechnungsergebnis 2020 besser ausgefallen ist, als wir das ursprünglich befürchtet haben. Die Covid-19-Pandemie hat sich aber eben schon sehr stark auf das Rechnungsergebnis ausgewirkt. Im Jahr 2020 wurden zur Bewältigung der Krise total rund 320 Mio. Franken ausgegeben. Erfreulicherweise können wir diese zumindest teilweise dank der vierfachen Gewinnausschüttung

der SNB kompensieren. Ich erlaube mir hier noch eine Bemerkung: Ohne die vierfache Gewinnausschüttung wären wir auch im Negativen in der Erfolgsrechnung und natürlich im Finanzierungssaldo noch viel höher als die jetzt ausgewiesenen 20 Mio. Franken.

Die Steuererträge sind tiefer ausgefallen, als wir sie ursprünglich budgetiert hatten. Dem gegenüber stehen natürlich diverse Positionen auf der Aufwandseite, die sich positiv ausgewirkt haben, weil sie nicht ganz in dem Ausmass ausgegeben wurden als ursprünglich geplant. Wir liegen unter anderem bei Sachaufwand, bei den Abschreibungen und beim Personalaufwand unter den budgetierten Werten. Es wurde vorhin schon ein paarmal gesagt: Mit dem vorliegenden Ergebnis resultiert in der Jahresrechnung 2020 ein Finanzierungsfehlbetrag von total rund 20 Mio. Franken.

Gemäss der Verfassung des Kantons Bern (KV) müsste man diesen Finanzierungsfehlbetrag grundsätzlich eigentlich in den nächsten vier Jahren kompensieren und der Grosse Rat hat die Möglichkeit, entweder darauf zu verzichten, oder allenfalls noch eine Verlängerung von acht Jahren vorzunehmen. Ich danke jetzt schon allen Votantinnen und Votanten, die gesagt haben, dass sie den Antrag der Regierung und der Finanzkommission unterstützen, wonach man darauf verzichtet, die 20 Mio. Franken zu kompensieren.

Ja, liebe Grossrätinnen und Grossräte, erlauben Sie mir noch einen kurzen Ausblick in dieser nicht ganz einfachen Zeit: Auch wenn im Jahr 2020 eine Neuverschuldung verhindert werden konnte, wird uns die Covid-19-Pandemie in den kommenden Jahren trotzdem noch beschäftigen und sie wird auch Spuren hinterlassen im Bernischen Finanzhaushalt. Allerdings bin ich bezüglich dieser Situation heute schon ein bisschen optimistischer, als ich das noch vor einem halben Jahr war.

Zwar wird der Finanzhaushalt auch im laufenden Jahr noch stark belastet, beispielsweise durch Ausgaben für die Härtefallmassnahmen oder auch für die Kosten, die im Zusammenhang mit den Impfkationen entstehen. Aber auf der anderen Seite wirkt sich eben schon die sechsfache Gewinnausschüttung der SNB sehr positiv auf den bernischen Finanzhaushalt aus. Zudem sehen wir erste Prognosen zur Steuerertragsentwicklung. Diese sind wirklich ermutigend, es zeichnet sich nämlich ab, dass sich die Steuererträge doch besser entwickeln, als wir im vergangenen Herbst befürchtet hatten.

Der Regierungsrat geht darum – Stand heute – davon aus, dass es im Jahr 2021 zwar noch ein Defizit und eine Neuverschuldung geben wird, aber nicht in dem grossen Ausmass wie wir es befürchtet haben. Und das, denke ich, ist doch ein positives Signal. Es ist eine gute Nachricht und – wie es halt so ist für eine Finanzdirektorin, und das hat jetzt nichts damit zu tun, dass ich schwarz-male – wir wissen alle, dass die Krise aber noch nicht ganz vorbei ist. Und je nach Entwicklung kann sich das immer noch auf den Finanzhaushalt des Kantons Bern auswirken, sei es nun die epidemiologische Entwicklung oder auch die Entwicklung anderer Sachen, die da eine Rolle spielen können, wie zum Beispiel, dass plötzlich eine dritte und vierte Welle kommt.

Ich möchte allen, die mitgeholfen haben, das Jahresergebnis auf Papier festzuhalten, ganz herzlich danken. Das sind die kantonalen Finanzdienste, die Finanzverwaltung, aber auch die Finanzkontrolle. Merci vielmals für die gute Zusammenarbeit. Auch ein grosses Merci geht an die Stelle der Finanzkommission, die auch dem Antrag der Regierung gefolgt ist, darauf zu verzichten, das Finanzierungssaldo-Defizit zu kompensieren. Wir hatten in den vergangenen nicht ganz einfachen Monaten eine gute Zusammenarbeit und dafür möchte ich merci vielmals sagen. Und ich danke jetzt Ihnen allen, Grossrätinnen und Grossräte, dass Sie diese Anträge wie vorliegend unterstützen.

Erlauben Sie mir vielleicht noch ein Wort im Zusammenhang mit den Investitionen. Es ist jetzt auch ein paarmal Kritik gefallen: «Sie haben nicht ausgeschöpft, was eigentlich geplant gewesen war!» Ja, diese Kritik ist berechtigt, und ich kann Ihnen versichern, dass die Regierung sich sehr intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hat und auch entsprechende Vorschläge macht, wie man das verbessern könnte, vor allem die Situation im AGG. Wir werden Ihnen aber auch am 21. Juni 2020 die – ein paarmal erwähnte – Priorisierung präsentieren. Da wird die Regierung mit den entsprechenden Kommissionen Kontakt haben, und da werden wir das aufzeigen. Es ist also nicht etwa so, dass wir diese Auseinandersetzung scheuen, es ist aber eine sehr grosse Arbeit dahinter, aber kurzum werden wir Ihnen das Resultat präsentieren können. Das wär's von meiner Seite, ich gebe zurück an das Präsidium.

Le président. La parole n'est plus demandée, nous allons donc voter sur l'affaire du point numéro 21 de l'ordre du jour. Nous l'avons entendu, il y a quatre propositions dont une, la dernière, qui nécessite trois cinquièmes des membres du Grand Conseil, c'est-à-dire 96 voix. Nous allons donc procéder par votes séparés pour les trois premiers points et ensuite nous voterons sur le quatrième point. Pour les trois premiers points, la majorité simple suffit. Donc, on vous demande d'approuver le rapport, on vous demande d'approuver les dépassements de crédits budgétaires et on vous demande d'approuver les dépassements de crédits autorisés par le Conseil-exécutif. Est-ce que vous êtes d'accord avec cette manière de faire ? – Jawohl.

Alors, les député-e-s qui acceptent les trois premières propositions du rapport de gestion 2020 et des comptes annuels sont priés de le faire en votant oui, celles et ceux qui rejettent ces trois premiers points votent non.

Abstimmung / Vote

2020.FINFV.47: Ziff. 1.1, 1.2, 1.3 / ch. 1.1, 1.2, 1.3

Annahme / Adoption

Ja / Oui	152
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous vous avez accepté à l'unanimité les trois premiers points du rapport de gestion 2020.

Nous passons maintenant au quatrième point, renoncer à la compensation du découvert de 19'587'782 francs : les député-e-s qui acceptent cette quatrième proposition votent oui, celles et ceux qui refusent votent non.

Abstimmung / Vote

2020.FINFV.47: Ziff. 1.4 / ch. 1.4

Annahme / Adoption

Ja / Oui	150
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez également accepté cette quatrième proposition à l'unanimité.